

C660

3.8.1973

Nur für den Dienstgebrauch

NFD

Berlin, 3. 8. 1973 000258

Abteilung Ferner Osten

~~Sekretär des Ministers I
Eing. Nr. 8. AUG. 1973
Eing.-Nr. VO 482~~

Aktenvermerk

Vertrauliche Dienstnotiz				
Nachweis Bereich	Lfd.-Nr.	Jahr	Ausf.-Nr.	Clas
EO	331	73	1.	3+

über ein Gespräch des Genossen Karl, Leiter der Sektion China, mit dem I. Sekretär der Botschaft der VR China Tji Hai-ylan am 2. 8. 1973

Für den ursprünglich eingeladenen Botschaftsrat Wang Yu-pei erschien der I. Sekretär Tji. Tji begründete sein Erscheinen damit, daß Botschafter Peng Guang-wei heute zum Urlaub nach Peking reise und da er vorher noch im Zusammenhang mit dem Ableben des Genossen Ulbricht kondolieren möchte, könne Botschaftsrat Wang nicht kommen. Aus der gegebenen Lage und da das Gespräch bereits einmal verschoben worden war, führte Genosse Karl das Gespräch durch, nachdem er betont hatte, daß er eigentlich beauftragt war, mit Botschaftsrat Wang zu sprechen.

An dem Gespräch haben Genosse Kehr (stellv. Leiter der Abt. Westberlin), Genossin Schael (Sektion China) sowie ein chinesischer Dolmetscher teilgenommen.

Der I. Sekretär Tji sprach zuerst gegenüber Genossen Karl sein Beileid zum Ableben des Genossen Walter Ulbricht aus.

Nach einigen einleitenden Worten trug Genosse Karl gemäß seines Auftrages mündlich eine Erklärung des MFAA der DDR zum Status von Westberlin und zu einer diplomatischen Aktivität des chinesischen Botschafters in der BRD gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin vor. Wortlaut der Erklärung siehe Anlage.

Tji nahm die Erklärung entgegen und drückte die Bereitschaft aus, diese der Leitung der Botschaft der VR China in der DDR vorzutragen. Einem Hinweis entsprechend fügte er dann noch "zur Weiterleitung an das MFAA der VR China" hinzu.

Tji äußerte daraufhin folgende "persönliche Meinungen" (Zusammenfassung):

Die VR China gehe in der Westberlin-Frage von der realen Lage aus, die nicht durch die Politik der VR China entstanden sei. Bekanntlich habe die VR China keine diplomatischen Beziehungen mit Westberlin. Deshalb würden alle Kontakte zwischen der VR China und Westberlin durch Diplomaten der Botschaft der VR China in der BRD oder der Botschaft der VR China in der DDR geführt. Daran sei seiner Auffassung nach nichts Außergewöhnliches.

Die VR China habe immer den Standpunkt der DDR in der Westberlin-Frage, ihre Politik zur Verteidigung ihrer souveränen Rechte unterstützt. Die gegenwärtige Lage habe nicht die VR China geschaffen. Die DDR erkenne diese Lage an. Die VR China sei nicht an das Vierseitige Abkommen gebunden. Als ausländischer Staat behandle die VR China aber Westberlin entsprechend der derzeitigen Lage. Wenn die DDR gegen bestimmte Dinge Einwände habe, solle sie sich nicht an China wenden.

Aus den genannten Gründen könne er das Bedauern und Befremden des MFAA der DDR im Zusammenhang mit normalen diplomatischen Aktivitäten Chinas nicht verstehen und nicht akzeptieren. Er könne vor allem nicht verstehen, daß mit derartigen Aktivitäten Interessen der DDR geschädigt würden. Er bedauerte seinerseits die "nicht den Tatsachen entsprechenden Schlußfolgerungen des MFAA der DDR".

Die VR China wolle mit allen Staaten und Gebieten normale Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz entwickeln. Das treffe auch auf Westberlin zu, sofern von Westberliner Seite dazu Interesse besteht. Wenn die Erklärung des MFAA der DDR den Zweck verfolge, die normale diplomatische Tätigkeit der VR China mit Westberlin unter dem Vorwand einzuschränken, daß diese Aktivitäten von der BRD gegen die DDR ausgenutzt werden würden, könne er das nicht akzeptieren. Die VR China nehme sich auch nicht das Recht, diplomatischen Aktivitäten der Diplomaten von DDR-Botschaften in Staaten, mit denen die DDR noch keine diplomatischen Beziehungen unterhält, entgegenzutreten. Abschließend fügte er hinzu, daß die VR China eine prinzipielle Politik betreibe, es ihr souveränes Recht sei, über diese oder jene Botschaft Aktivi-

täten durchzuführen und daß sich die DDR nicht an Auslegungen der BRD orientieren solle.

Die Genossen Kehr und Karl bekräftigten nochmals den prinzipiellen Standpunkt der DDR in der betreffenden Frage und betonten, daß die DDR nicht von Interpretationen in Publikationsorganen der BRD und Westberlins, sondern von den Tatsachen ausgehe. Es wurde erklärt, daß die DDR keineswegs Einwände gegen Kontakte mit Westberlin habe, solange diese den Status Westberlins nicht berühren. Die DDR müsse sich jedoch gegen alle Schritte wenden, die ihre legitimen Interessen beeinträchtigen und Versuchen bestimmter Kräfte in der BRD Vorschub leisten, das Vierseitige Abkommen zu unterlaufen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die BRD wiederholt versuche, Westberlin wie ein Bundesland zu behandeln und Beziehungen anderer Staaten mit Westberlin über die BRD leiten möchte. Deshalb sollten Beziehungen mit Westberlin so gestaltet werden, daß den Absichten der BRD nicht entgegengekommen wird, Beziehungen anderer Staaten mit Westberlin als Beziehungen zu einem Bundesland der BRD zu deklarieren.

Es wurde nochmals auf das vom Vierseitigen Abkommen völkerrechtsverbindlich bestätigte Grundelement des Status Westberlins eingegangen, demzufolge Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und von ihr nicht regiert werden darf. Diese Grundtatsache sollte bei der Gestaltung der Beziehungen anderer Staaten zur BRD und zu Westberlin berücksichtigt werden. Man müsse davon ausgehen, daß die BRD nicht irgend ein Land, sondern der Staat ist, der gegen die DDR gerichtete Aktivitäten unternimmt und Westberlin wie ein Land der BRD zu behandeln sucht. Deshalb gebe die angesprochene Aktivität des Botschafters der VR China in der BRD gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin der BRD die Möglichkeit dies in ihrem Sinne gegen die DDR auszunutzen.

Die Atmosphäre des Gesprächs war ruhig und sachlich, seitens des I. Sekretärs Tji und seines Dolmetschers aber auch gespannt.

Anlage

Karl
Karl
Sektionsleiter

Verteiler:

1. Expl. Min. Fischer
2. " Abt. FO
3. " ZK, Abt. I.V.
4. " Abt. WB